

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tags Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Provinzial- und Tageszeitung einschließlich Frangobon monatlich 80 Pf.
für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Ostereich-Ungarn M. 3.— Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Et. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Et. 1769.
Verlagsstempel von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 10 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 227.

Dresden, Freitag den 30. September 1910.

21. Jahrg.

Sächsishe Fabrikinspektion 1909.

4. Gesundheitschädliche Einflüsse. — Betriebsunfälle.

Die häufige Fabrikluft, die Beschäftigung mit ätzenden, giftigen oder bleihaltigen Stoffen, die einseitige Arbeitsweise und manche andere schädlichen Einflüsse wirken ungünstig ein auf den Gesundheitszustand der Arbeiter. Diese Schattenseite der industriellen Arbeit wird von den Fabrikinspektoren ebenfalls beachtet, doch nur dürftig darüber berichtet. Vor allem wird darauf gesehen, daß bei Beschäftigung mit gesundheitschädlichen Stoffen die erforderliche Reinlichkeit beobachtet, daß schädlicher Staub abgeseugt wird, daß Aborte reinlich und zweckmäßig angelegt sind usw. Vor allem sind es die Bleivergiftungen, denen die Gewerbeaufsicht besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Doch wird in den Berichten sonst kein umfassendes Bild von den Verursachungen gegeben.

Wiesach wird darüber geflagt, daß die Arbeiter bei der Beschäftigung mit gesundheitschädlichen Stoffen die nötige Aufmerksamkeit vermissen lassen. So wird aus dem Kreise Chemnitz mitgeteilt: „In Anlagen, in denen bleihaltige Stoffe zur Verwendung kommen, liegen es die Arbeiter vielfach an der nötigen Reinlichkeit fehlen und waren nur schwer zu bewegen, Arbeitsmittel anzulegen und das Rauchen zu unterlassen.“ Doch auch die Unternehmer liegen es an den erforderlichen Schutzmaßnahmen fehlen. Denn aus demselben Kreise wird unmittelbar im Anschluß an die bereits zitierten Stellen noch hervorgehoben: „Den Betriebsinhabern war in 12 Fällen eine strengere Durchführung der Schutzvorschriften, die Bereitstellung von Arbeitsmitteln auch für Frauen, die Beschäftigung von Waisenkindern usw. aufgegeben.“

Doch es sind nicht nur in gewerblichen Betrieben an den erforderlichen Maßnahmen gegen gesundheitschädliche Einflüsse fehlt, auch folgende Mitteilung aus dem Aufschichtsbezirk Jitza: „Küchenschaffner wurden in ungenügender Räumlichkeit und Belüftung von Arbeitstischen zu rühen. Auch die Entnebelung von Säure-, Weicherei- und Appreturräumen ließ sich nicht zu machen.“ Weider wird der in solchen Arbeitstischen sich bildende Nebel noch ziemlich allgemein als ein nicht zu vernachlässigendes Uebel betrachtet. Es ist auf diesen Nebel noch manches Vorurteil zu überwinden. Auch bei der Arbeitstisch sind Verreibungen einseitiger Unternehmer, den bestehenden Arbeitsstand zu beheben, nicht immer das rechte Rezept. So wurde in einer großen Anlage darüber geflagt, daß die Arbeiter trotz wiederholter Verordnungen die Entnebelung durch Öffnen von Fenstern und Türen beeinträchtigen.“

Unternehmenslagen solcher Art über die Arbeiter sollten die Aufschichtsbeamten doch etwas vorsichtiger aufnehmen. Offenbar handelt es sich hier nur um Normen, wodurch die Unternehmer den Einbau von erforderlichen Entnebelungs- einrichtungen hinauszuweisen verdrängen. Wenn die Arbeiter aber wirklich Fenster und Türen öffnen, wird die Luft wahr- scheinlich zum Erhitzen mit Nebel durchsetzt sein.

Gesundheitschädliche Zustände besonderer Art existieren auch in Kumpenforstbetrieben, denen der Beamte im Aufschichts- bezirk Chemnitz II besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat. Er weist unter anderem mit: „In den Kumpenforstbetrieben, in denen eine wirksame Rüstung und Staubabsaugung besonders angeeignet wären, sind in dieser Hinsicht bisher nur geringe Fortschritte gemacht worden. In der Höhe der Anlagen (jeweils kleine Betriebe) wird nur durch die Lüften und Fenster sowie an letzteren angebrachte Klappflügel gelüftet. In einzelnen Anlagen sind wohl auch die Sortierische mit Stehböden und darunter befindlichen Rosten versehen, in denen der Staub sich ablagert und von Zeit zu Zeit entfernt wird. Von der Beschaffung mechanischer Staubabsaugvorrichtungen (Schreden oder die Kosten ab und berufen sich die Betriebsinhaber immer wieder darauf, daß auch anderwärts vollkommene Einrichtungen nicht oder nur unzureichend getroffen seien.“

Wiso auch hier wollen die Unternehmer von Einrichtungen zum Schutze für die Gesundheit der Arbeiter der Kosten wegen nicht wissen. In anderen Bezirken hat man in Betrieben dieser Art offenbar ebenfalls aus Sparamtsrückichten die Staubabsaugvorrichtungen so ungünstig angelegt, daß sie nicht nützen. So wird aus Wurgan gemeldet: „In Hinsicht der Abfangvorrichtungen für Dämpfe, Dünste, Staub und Bergelassen war verschiedentlich die Beobachtung zu machen, daß sie nicht sachgemäß ausgeführt waren und in- folgedessen nicht benutzt wurden.“

Über ungenügende Beachtung der Schutzmaßnahmen durch die Arbeiter liegen auch die Berichte aus Chemnitz. Es heißt da: „Bei den Verreibungen der Bleierkrankungen war wieder fest- zustellen, daß die Arbeiter oft die einfachsten Vorsichtsmaß- regeln außer acht lassen. So mußte in einer Buchdruckerei den Schichtarbeitern das Rauchen während der Arbeit und in- nerhalb der graphischen Kunst einen Retoucheur das Ziehen von Wellfarbe behafteten Pinsels durch den Mund unter- sagt werden.“ In Dresden I ist eine Ortstrankenkasse bei der Bekämpfung der Poliertrüge auf den Widerstand der Arbeiter getroffen. Es wird darüber folgendes mitgeteilt: „Um die Arbeiter zu verhalten, wurde von einer Ortstrankenkasse an- geredet, die Besitzer von Möbelwerkstätten und ähn- lichen Anlagen zu veranlassen, den Polierern zu ihrer

Arbeit kostenlos Gummi-Handschuhe zu liefern. Die Leute weigerten sich aber, mit derartigen Handschuhen zu arbeiten, weil sie hierbei das für ihre Arbeit nötige feine Gefühl verlieren. Es wurde daher darauf gedrungen, daß den Polierern und Poliererinnen von den Unternehmern genügend warmes Wasser sowie Seife und Handtücher zur gründlichen Reinigung der Hände zur Verfügung gestellt werden.“ Es hat sich also in diesem Falle um Schutzmaßnahmen gehandelt, die der Beschäftigung höchst hinderlich waren und daher die Arbeiter in ihrem Verdienst geschädigt hätten. Das gilt aber von manchen Schutzmaßnahmen, auch von vielen Schutz- vorrichtungen an Maschinen.

Keinwegs unzulängliche Zustände herrschen in den Unter- künften für Wanderarbeiter. Darüber wird u. a. von der Aufschichtsbeamten des Dresdner Kreises folgendes berichtet: „Hinsichtlich der Unterbringung von Wanderarbeitern beiderlei Geschlechts boten insbesondere die Ziegeleien mehr- fache Anlässe zu Beanstandungen. So waren in einem Betriebe 4 Ehepaare in einem gemeinschaftlichen Schlaf- raum untergebracht, der gleichzeitig zum Auf- enthalt und zum Kochen von Speisen diente. Ebenso war für sämtliche auf der Ziegelei untergebrachten Arbeiter und Arbeiterinnen nur ein einziger Waschraum vor- handen. In einem anderen solchen Betriebe waren die Schlafräume wohl getrennt, sie mündeten jedoch auf einen gemeinsamen Vorraum. Auch war nicht genügend für Betten ge- sorgt, so daß einzelne Arbeiterinnen auf dem Fußboden schlafen mußten, und für beide Geschlechter nur eine gemeinsame Waschegelegenheit geboten.“ Zustände ähnlicher Art herrschten auch in anderen Ziegeleien.

Die Zahl der Unfälle vermehrt sich in der Regel in den Zeiten der schlechten Geschäftskonjunktur. Da treten Betriebsbeeinträchtigungen ein, die Überstunden lassen weg oder vermindern sich wesentlich, die Ueberholung in der Produktion ist gewichen. Damit sinkt zwar der Verdienst der Arbeiter wesentlich, aber auch die Betriebsunfälle und die Unfallkosten. Schon im Kreisjahre 1908 war diese wesentlich gesunken, 1909 hat sich in vielen Bezirken ein Stillstand gezeigt, in anderen ist ein weiterer Rückgang eingetreten, doch ist die Zahl der Unfälle noch immer erschreckend groß.

Besonders groß ist die Unfallhäufigkeit in der Maschinen- industrie. Sie forderte im Chemnitzer Bezirk auf 1000 Arbeiter 33,2 Unfälle. Im Bezirk Annaberg hat sich dagegen die Holzwarenindustrie als die gefährlichste erwiesen. Denn sie zeigte auf 1000 Arbeiter 20,8 Unfälle, während auf den Maschinenbau 14,3 und die Textilbranche 5,2 entfielen. Bemerkenswert ist, daß nach den Ermittlungen im Dresdner Bezirk über die Unfallhäufigkeit in der Eisenindustrie sich ergeben hat, daß in der Rücksicht die Unfälle weniger häufig waren als während der Arbeit am Tage. Auf 100 Arbeiter entfielen Unfälle in der Rücksicht 12,5, in der Tagessicht 15,8. Doch wird erklärt hierauf bemerkt, daß die größere Unfall- häufigkeit der Tagessicht aus der vermehrten Vornahme von Transportarbeiten zu erklären sei, die bei Nacht auf das Rot- weisse beschränkt werden.

Im Bezirk Dresden haben sich die Unfälle zwar um 32 vermehrt, ebenso war in Jwitzau, Döbeln und Nierbach eine kleine Zunahme gegen 1908, wo fast alleinstehend, dem ruhigeren Geschäftsgang entsprechend, Abnahme eintrat, zu ver- zeichnen. In anderen Aufschichtsbezirken hat jedoch auch 1909 der Rückgang in der Unfallhäufigkeit noch ange- halten. So waren im Bezirk Annaberg die Unfälle 1908 be- reits um 58 und damit auf 372 zurückgegangen, 1909 gingen nur 349 Unfälle ein, sie waren also um weitere 28 zurück- gegangen. In Chemnitz I, wo die Unfälle schon 1908 um 250 zurückgegangen waren, vermindernden sie sich 1909 um weitere 165, in Chemnitz II wurden 1908 718 Unfälle gemeldet, 1909 noch 589, also 129 weniger. In Wurgan vermindernden sich die Unfälle um 28, wodurch das Verhältnis zu 1000 Ar- beitern von 10,2 auf 9,5 zurückging.

Wiesach werden wieder Beschwerden darüber laut, daß die Arbeiter die Schutzvorrichtungen entfernen und dadurch die Unfallgefahr vergrößern. So wird aus Dresden mitgeteilt: „Weider ist immer wieder zu beobachten, daß der Unfall- verhütung weder Verständnis noch Interesse entgegengebracht wird und daß viele Arbeiter sich lieber einer größeren Gefahr aussetzen, als kleine Unbequemlichkeiten zu überwinden.“ Auch aus anderen Bezirken, namentlich aus Wurgan, Chemnitz I und Annaberg, kommen ähnliche Klagen. Sie wiederholen sich in jedem Bezirke. Sollten die Arbeiter wirklich so vernunftlos sein, ohne Not ihre Glieder den Gefahren und Trans- missionen auszuweichen? Die ständige Tätigkeit in gefährlicher Situation stumpt allerdings ab, aber die eigentliche Ursache der Verletzung der Schutzvorrichtungen durch Arbeiter wird sicher darauf zurückzuführen sein, daß diese ungewöhnlich her- gestellt waren, die Arbeiter bei ihrer Tätigkeit hinderten und gestellt waren, die Arbeiter bei ihrer Tätigkeit hinderten und gestellt waren. Aber was billig ist, ist hier besonders ungenügend. Die Fabrikinspektoren sollten besonders auf zweckmäßige Schutzvorrichtungen bringen, dadurch würden sie gleichzeitig die Unfallgefahr wesentlich vermindern.

Die Koiakenwirtschaft in Moabit.

Die letzte Nacht ist in Moabit ruhiger verlaufen. Am Tage waren die Straßen für den Verkehr wieder freigegeben und abends bis 9 Uhr blieb, von einigen kleineren Zwischenfällen abgesehen, alles ruhig. Es strömten wieder zahlreiche Neugierige herbei. Nach 9 Uhr kam es nochmals zu einem scharfen Vorgehen einer Polizeitruppe. Es soll aus einem Hause der Luracherstraße mit einem Blumenlopf nach Polizei- beamten geworfen sein, darauf erwiderte die Polizei mit Pistolenschüssen und Strafgeschossen. Dann aber trat bald völlige Ruhe ein. Es ist also anzunehmen, daß die wüsten Szenen, an denen das Vorgehen der Polizei selbst die Haupte- sache trägt, nunmehr beendet sind.

Es liegen über die letzten Vorgänge folgende Nach- richten vor:

Berlin, 29. September. Kurz nach 9 Uhr kam es in Moabit abends zum Zusammenstoß. Aus einem Hause der Luracher- straße wurde mit einem Blumenlopf nach Polizeibeamten geworfen, was mit Pistolenschüssen erwidert wurde, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Bei der darauf erfolgenden Säuberung der Straße wurden einige Personen verletzt. Auch an der Ecke der Wustener- und Großmuthstraße wurde die Menge von der Berliner und Char- lottenburger Polizei wiederholt zurückgetrieben, wobei es zu meh- reren Verletzungen und Verhaftungen kam.

Berlin, 29. September. Der streng abgesperrte Teil von Moabit, in dem die Lurachen borgekommen sind, beruhigte sich im Laufe des Abends immer mehr. Kurz nach 10 Uhr erließen der Minister des Innern in Begleitung des Polizeipräsidenten v. Jagow und ließ sich vom Polizeimajor Klein eingehend berichten. Sodann durchfuhr der Minister einige der gefährdeten Straßen.

Berlin, 29. September. Nach den bisherigen Feststellungen be- trägt die Zahl der in den Krankenhäusern untergebrachten und auf den Unfallstationen verbundenen Personen 150. Etwas ebenfalls sind, wie man annimmt, zu Hause behandelt worden, so daß ins- gesamt 300 Personen bei den Unfällen verletzt sein dürften. Bei den gestrigen Prozessen sind 73 Personen so erheblich verwundet worden, daß sie sofort verbunden werden mußten. Fünf Verwundete mußten im Krankenhaus bleiben; dort liegen jetzt im ganzen 22 Verletzte. In der Unfallstation in der Großmuthstraße wurden gestern abend in der Zeit von 7 1/2 bis 11 1/2 Uhr 20 Verletzte eingeliefert, darunter eine 65jährige Großmutter mit ihrem achtjährigen Enkel, die durch Schießerei verletzt worden waren. Sittierungen wurden gestern abend weit mehr vorgenommen als früher; ihre Zahl soll 100 übersteigen. Aus dem Krankenhaus Moabit wurden in der Nacht 20 Personen, die leichte Verletzungen erlitten hatten und dort verbunden worden waren, von Kriminalbeamten abgeholt und zur Feststellung ihrer Ver- letztheit nach dem Polizeirevier gebracht. Dem Untersuchungsrichter sind bereits gestern 30 bis 40 Personen unter der Aufsicht der Anwaltschaft des Justizrats vorgeführt worden. Von den in der Ver- gangenen Nacht festgenommenen Personen sind neun in das Justiz- gerichtliche Verwahrungsamt Moabit gebracht worden. Der Vorstand des Justizgerichtlichen Verwahrungsamtes Dr. Hunge beschloß, den Oberbürger- meister Kirschner zu ersuchen, in sofortiger Unterhandlung mit be- züglichen Instanzen zu treten, welche geeignet sind, den Streit bei der Firma E. Kupfer u. Co. beigelegen, und hiermit den Unruhen in Moabit den Boden zu entziehen.

Unser Berliner st.-Korrespondent schreibt uns noch zu den Vorgängen in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag: Ein Schredensruf geht durch die friedliche Bevölkerung des Nordwestens der Reichshauptstadt. Denn wie es die Polizei dort in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ge- trieben hat, ist ja schlimm! Auch bei jenem Teil der Bürger- schaft, der vordem geneigt war, alle Taten der Verwahrlosten aus vorausgegangenen Erweisen des Vandalismus zu entschuldigen, ist die Stimmung vollkommen umgeschlagen.

Die „Straßenschlachten“ der Nacht zum Donnerstag, in denen abends zahlreiche Personen verletzt wurden, nahmen alleamt einen typischen Verlauf. Wo die Polizei Zivil- personen in größerer Zahl bekommen stehen oder gehen sah und am Ende gar — aber auch das war gar nicht allgemein der Fall — ein paar spöttliche Rufe laut wurden, trat die Fleischschneidemaschine des Polizeibüchlers sofort gefischam auto- matisch in Tätigkeit. Unter den Verletzten befinden sich ein 75jähriger Greis, eine 65jährige Witwe, ein achtjähriges Mädchen; am schwersten verletzt ist ein vierzehnjähriger Knabe. Die Schutzleute drangen in Häuser ein und verfolgten Frauen und Mädchen bis in die oberen Etagen. Wo ein Kopf an einem Fenster erschien, ertönte sofort der Ruf: Kopf weg, oder es wird geschossen! Die Redaktionen der Berliner bürger- lichen Blätter, die bisher zur Polizei standen, erhalten Briefe von angehenden Bürgerdeuten, Professoren, Ingenieuren usw., in denen über das Verhalten der sogenannten Sicherheits- organe lebhafteste Beschwerden erhoben werden. Das Gefühl ist allgemein: So geht es nicht weiter!

Durch die schrecklichen Vorgänge der letzten 24 Stunden ist der Verdacht böswilliger reaktionärer Mischenschaften außer- ordentlich vergrößert worden. In Moabit arbeiten Elemente, die nach Vorwänden suchen, um den Armeebefehl des Generals v. Bissing zur An- wendung bringen zu können. Von ein paar Romdies und Straßenzügen abgesehen, mit denen die befommene Ver- säuberung sehr geschwind fertig werden könnte, wenn bloß die Schutzleute fern bleiben wollten, war in der Donnerstagnacht niemand unruhig als die Polizei. Das gibt auch dem Darmlopfen zu denken!

Advertisement text on the left margin, partially obscured and illegible.